

Beschluss des Parteivorstandes vom 04.12.2017

Unser Weg. Für ein modernes und gerechtes Deutschland.

Leitlinien für das weitere Vorgehen

1 Nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017 hat die SPD erklärt, die Koalition mit
2 CDU und CSU nicht fortsetzen zu wollen. Das war die richtige Reaktion auf das schlechte
3 Wahlergebnis unserer Partei und die Tatsache, dass die Große Koalition zusammen rund 14
4 Prozentpunkte eingebüßt hat. Nicht nur für die SPD und ihre notwendige Erneuerung muss
5 das Konsequenzen haben, sondern auch für die künftige Bundesregierung, unabhängig da-
6 von, wer sie stellt.

7 Inzwischen sind CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Versuch gescheitert,
8 eine Koalition zu bilden. Der Bundespräsident hat die im Deutschen Bundestag vertretenen
9 Parteien aufgefordert, auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Wahl in Gesprächen zu klä-
10 ren, auf welchem Wege in dieser Situation eine Regierungsbildung zu Stande kommen kann.
11 Die SPD war und ist sich ihrer Verantwortung für unser Land bewusst. Es kann uns nicht
12 gleichgültig sein, ob eine Bundesregierung zustande kommt oder am Ende Neuwahlen statt-
13 finden werden. Deswegen fühlen wir uns verpflichtet, in Gesprächen auszuloten, ob und in
14 welcher Form die SPD eine neue Bundesregierung mittragen kann. Diese Gespräche führen
15 wir konstruktiv und ergebnisoffen.

16 Politische Grundlage für die Gespräche mit den anderen Parteien sind unsere sozialdemo-
17 kratischen Grundüberzeugungen und das von unserer Partei beschlossene Wahlprogramm.
18 Eine neue Regierung muss die großen politischen Aufgaben angehen. Für eine Bewältigung
19 der immensen Herausforderungen reicht ein „Weiter-so“ nicht aus.

20 Eine neue Bundesregierung muss sich in jedem Fall den großen Fragen unserer Zeit stellen.
21 Dazu gehören zweifellos die globalen Gerechtigkeitsfragen und die grundlegende Erneue-
22 rung Europas. Als größtes, bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich mächtigstes Land Euro-
23 pas sind wir auf eine gut funktionierende Europäische Union angewiesen. In der Außen- und
24 Sicherheitspolitik, bei den Herausforderungen durch Migration, im Streben um gute wirt-
25 schaftliche Perspektiven der EU-Mitgliedstaaten, im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit,
26 von denen mancherorts gerade junge Leute betroffen sind, ist eine engere und bessere Zu-
27 sammenarbeit nötig und möglich. Zu den Megatrends gehört auch die Digitalisierung. Die
28 Umbrüche, die durch sie vor allem in der Arbeitswelt entstehen, müssen politisch gestaltet
29 werden, etwa durch verstärkte Investitionen, bessere Qualifizierung und einen modernen
30 Datenschutz. Es braucht eine Bundesregierung, die gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und
31 Missstände nicht ignoriert, sondern angeht. Dies gilt zum Beispiel für die vorhersehbaren
32 Probleme bei der Rente, die immer noch vorhandene Ungleichbehandlung von Frauen und
33 Männern insbesondere im Beruf, die Mängel in unserem Bildungssystem sowie die unzu-
34 reichenden Anstrengungen bei der Integration von Zuwanderern. Der gesellschaftliche Zu-
35 sammenhalt muss neu gefestigt werden. Dazu gilt es, sich gegen die Zerfaserung der Ge-
36 sellschaft zu stemmen und unsere Demokratie zu verteidigen. In vielen europäischen Län-
37 dern und auch in Deutschland steht unsere weltoffene, tolerante und demokratische Ord-
38 nung auf dem Prüfstand. Umso wichtiger ist ein handlungsfähiger, tatkräftiger und bürgerna-
39 her Staat.

40 Diese Ansprüche an eine Modernisierung unseres Landes in einem besseren Europa müs-
41 sen mit konkreten Projekten und Maßnahmen unterfüttert werden. Die folgenden Punkte sind
42 für uns essentiell:

43 **Für ein demokratisches, solidarisches und soziales Europa:** Gemeinsam mit un-
44 seren europäischen Partnern und insbesondere mit Frankreichs Präsidenten Emmanuel
45 Macron wollen wir die Europäische Union als Gemeinschaft demokratischer Staaten mit so-
46 zialer Marktwirtschaft so weiterentwickeln, dass sie allen Bürgerinnen und Bürger Sicherheit
47 und Stabilität in einer unsicher werdenden Welt gewährleisten kann. Es muss endlich kon-
48 krete und substanzielle Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa geben – etwa
49 durch die Einführung eines Systems europäischer Mindestlöhne, aber auch bei der Bekämpf-
50 ung von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut in Europa. Steueroasen inner- und außer-
51 halb der EU müssen ausgetrocknet werden. Nur mit einer Harmonisierung der Unterneh-
52 mensbesteuerung auf europäischer Ebene können Steuervermeidungstricks internationaler
53 Großkonzerne gestoppt werden. Die Bundesregierung muss gemeinsam mit Frankreich die
54 Initiative für einen Investitionshaushalt der Eurozone ergreifen und den Europäischen Stabili-
55 tätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungs-
56 fonds weiterentwickeln. Vor dem Hintergrund des Brexits auf der einen und zusätzlicher Auf-
57 gaben wie der Afrikapolitik, der notwendigen Antworten auf Flucht und Migration, der Ge-
58 meinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der anderen Seite wird die EU künftig
59 neben mehr finanziellen Mitteln aus den nationalen Haushalten auch zusätzliche Eigenmittel
60 brauchen.

61 **Für sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine innovative Wirtschaft:** Arbeits-
62 verhältnisse dürfen nicht länger ohne triftige Gründe befristet werden, denn dies schafft gro-
63 ße Unsicherheiten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir wollen die Gültigkeit von
64 Tarifverträgen und die Tarifbindung festigen und die Mitbestimmung mit Blick auf den digita-
65 len Wandel in der Arbeitswelt stärken. Gerade in Zeiten des digitalen Wandels müssen Aus-
66 bildung, Qualifizierung und Arbeitsplatzsicherheit gestärkt werden, etwa durch ein Recht auf
67 Weiterbildung und die Weiterentwicklung zur Arbeitsversicherung. Deutschland braucht eine
68 Gründungskultur. Wir müssen dafür Startups in Deutschland unterstützen. Forschung und
69 Wissenschaft bilden die Grundlage für den Wohlstand der Zukunft. Die Förderung von Inno-
70 vationen muss neu aufgestellt werden.

71 **Für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern:** Es muss
72 endlich das Prinzip gelten: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen und
73 Männer. Wir müssen gerade auch die sozialen Berufe, in denen viele Frauen arbeiten, auf-
74 werten und besser bezahlen. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wer vorüber-
75 gehend in Teilzeit arbeitet, muss den Rechtsanspruch haben, auf eine Vollzeitstelle zurück-
76 zukehren. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessern. Daher
77 möchten wir eine Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld einführen.

78 **Für gerechtere Bildungschancen:** Wir wollen gebührenfreie Kitas, einen Rechtsan-
79 spruch auf Ganztagschulplätze, ein inklusives Schulsystem und insgesamt modernere
80 Schulen. Deswegen muss deutlich mehr Geld in Bildung investiert werden. Dem Bund ist es
81 bislang verfassungsrechtlich verboten, die Länder und Gemeinden dabei finanziell zu unter-
82 stützen. Das wollen wir ändern. Zudem sollen Bildungsstandards angeglichen werden. Wir
83 wollen, dass jede und jeder in Deutschland die gleiche Chance auf eine gute Ausbildung
84 haben. Von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief – der Weg dahin soll gebührenfrei
85 sein.

86 **Für sichere Renten und stabile Beiträge:** Wir wollen das heutige Rentenniveau si-
87 chern und durch einen neuen Generationenvertrag die Beiträge stabilisieren. Zudem muss

88 eine Solidarrente eingeführt werden, denn wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet und Sozial-
89 beiträge gezahlt hat, darf im Alter nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen sein müs-
90 sen.

91 **Für ein faires Gesundheitssystem und bessere Pflege:** Wir wollen alle Menschen
92 in Deutschland auf die gleiche Weise versichern und dazu eine Bürgerversicherung einfüh-
93 ren. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen künftig wieder in gleichem Maße von Ar-
94 beitgebern und Beschäftigten geleistet werden, die Bevorzugung der Arbeitgeber fällt weg.
95 Wir setzen uns in der Pflege für mehr Personal, mehr Qualität und eine bessere Bezahlung
96 ein. Prävention muss wichtiger Bestandteil unserer Sozial- und insbesondere unserer Ge-
97 sundheitspolitik sein.

98 **Für Investitionen, Stärkung von Kommunen und Entlastung von Familien:** Wir
99 wollen mehr investieren – in Bildung, schnelles Internet, bessere Straßen und sozialen
100 Wohnraum. Gerade unsere Kommunen brauchen Unterstützung, um handlungsfähig zu sein.
101 Wir brauchen einen Ausgleich regionaler Unterschiede durch eine regionale Strukturförde-
102 rung in Ost und West, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen. Familien mit Kin-
103 dern, Alleinerziehende und Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen wollen wir gezielt
104 entlasten. Zudem muss es ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Kinderarmut geben.
105 Um unsere gemeinsamen Aufgaben finanzieren zu können, sollen höchste Einkommen und
106 Vermögen mit einem höheren Beitrag herangezogen werden. Steuerhinterziehung und Steu-
107 ervermeidung müssen konsequenter bekämpft werden.

108 **Für bezahlbares Wohnen und Mieten:** Dem sozialen Wohnungsbau kommt in Zu-
109 kunft besondere Bedeutung zu, damit das Wohnen bezahlbar bleibt und in bestimmten Regi-
110 onen wieder bezahlbar wird. Dazu benötigen wir auch ein soziales Mietrecht, das den Mie-
111 tern starke Rechte, etwa bei Mietererhöhungen und Wohnraummodernisierungen, gibt. Der
112 soziale Wohnungsbau wird beibehalten und weiter ausgebaut.

113 **Für eine geordnete Einwanderungs- und eine humanitäre Flüchtlingspolitik:**
114 Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsrecht, das den Zuzug qualifizierter Ar-
115 beitskräfte ermöglicht und legale Einwanderung besser steuert. Menschen, die vor Krieg und
116 Verfolgung fliehen müssen, erhalten unseren uneingeschränkten Schutz. Eine Obergrenze,
117 die diesen Grundsatz in Frage stellt, lehnen wir ab. Die Bekämpfung von Fluchtursachen
118 muss endlich in seiner ganzen erforderlichen Bandbreite angegangen werden. Das Grund-
119 recht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Wir müssen die Bemühungen für die Integration
120 von Flüchtlingen erhöhen und die Unterstützung des Bundes für Städte und Gemeinden fort-
121 setzen. Alle, die sich länger in Deutschland aufhalten, müssen in die Lage versetzt werden,
122 unsere Sprache zu lernen und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Deshalb wollen wir
123 das Angebot an Sprachkursen und Kursen zur Arbeitsmarktintegration deutlich ausweiten.
124 Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration
125 bei. Deshalb wollen wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.

126 **Für ein sicheres Leben in einer offenen Gesellschaft:** Die offene Gesellschaft
127 muss sich gegen ihre Feinde schützen. Das setzt einen handlungsfähigen Rechtsstaat vo-
128 raus. Wir wollen mehr Polizei und eine leistungsfähige Justiz, mehr Prävention und effektive
129 Strafverfolgung.

130 **Für Klimaschutz und eine erfolgreiche Energiewende:** Gerade, weil wir die indust-
131 rielle Basis in unserem Land erhalten wollen, müssen wir Innovation und technologisches
132 Know-how weiterentwickeln und auf eine ambitionierte Klimaschutzpolitik setzen – national
133 und weltweit. Dazu gehört auch die Umsetzung der Energiewende mit dem konsequenten
134 Ausbau erneuerbarer Energien. Die von Strukturwandel betroffenen Regionen müssen fi-

135 nanziell unterstützt werden, um neue wirtschaftliche Strukturen zu entwickeln und neue in-
136 dustrielle Arbeitsplätze zu schaffen.

137

138 Wir werden ausloten, ob und wie eine Regierungsbildung möglich ist. Es gibt für uns keine
139 Vorfestlegung und keinen Automatismus. Neuwahlen sind erst dann erforderlich, wenn sich
140 aus diesen Gesprächen keine anderen Lösungen ergeben. Für welche Option wir uns im
141 Lichte der Gespräche mit anderen Parteien einsetzen werden, entscheiden wir anhand der
142 Frage, was für die Zukunft unseres Landes und Europas, für unsere Demokratie und im Inte-
143 resse der Bürgerinnen und Bürger der beste Weg ist. Wir werden auf Grundlage bisheriger
144 Erfahrungen auch bewerten, in welcher Konstellation genügend Vertrauen gegeben ist, um
145 politische Vereinbarungen verlässlich umsetzen zu können.

146 Der Parteivorstand wird das Ergebnis der Gespräche auswerten und eine Empfehlung für
147 das weitere Vorgehen vorlegen. Sollte er sich für die Tolerierung einer Minderheitsregierung,
148 für eine andere Form der Kooperation oder für die Bildung einer Regierungskoalition aus-
149 sprechen, wird ein Parteikonvent über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden. Für
150 den Fall, dass es zu vertraglichen Vereinbarungen mit anderen Parteien kommt, haben die
151 Mitglieder zu einem Gesamtergebnis im Rahmen eines Mitgliedervotums das letzte Wort. In
152 jedem Fall werden wir die Erneuerung der SPD vorantreiben.